

Neuigkeiten rund um Recht und Wirtschaft an der Universität Bayreuth



+++ Nummer 6 - August 2004 +++

www.RWverein.de

Liebe Mitglieder, Leserinnen und Leser,

hier ist der nächste Newsletter unserer Fakultät. Er kommt etwas später als gewohnt, dafür aber in stattlichem Umfang, denn es hat sich einiges getan, worüber es zu berichten lohnt.

Die Geschehnisse des Vereins stehen zwar in dieser Ausgabe nicht unbedingt im Mittelpunkt, doch befindet sich hinter den Kulissen einiges im Fluss. Um die Alumnibewegung an der Uni Bayreuth zu stärken, laufen derzeit Vorbereitungen zu Strukturänderungen und Verbesserungen des Angebotes u.a. für die mittlerweile knapp 300 Mitglieder unseres Vereins. Mehr dazu wird es im nächsten Newsletter geben.

Neu ist der „VWL-News-Service“. Unter der Federführung von Prof. Oberender werden fortan monatlich die „VWL-News“ erstellt. Abonnenten des RWverein-Newsletters erhalten die Ausgaben mit dem Newsletter automatisch. Sicher sind die Neuigkeiten der Volkswirtschaftler auch für manch anderen interessant.

Weiter arbeiten wir derzeit fieberhaft an der Umsetzung des Jahrbuchs für Ökonomen. Das etablierte Jahrbuch für Juristen, welches bei vielen der sog. Top-Kanzleien gerne in die Hand genommen wird, wenn es um das Recruiting geht, soll fortan auch den Absolventen der BWL/VWL und Gesundheitsökonomie als Darstellungsplattform und Erinnerung dienen. Mehr dazu und zu allem anderen gibt es wie immer auf unserer Homepage.

Bis bald, Ihr und Euer

Stefan Arnold (Vorsitzender)

Impressum

Herausgeber: **Recht und Wirtschaft in Bayreuth e.V.**

Kontaktadresse: c/o Universität Bayreuth
Gebäude RW
95440 Bayreuth

Internet: www.RWverein.de

Redaktion: Julia Hichert



In dieser Ausgabe

RWverein aktuell

+ kurzer Bericht zum Stand der Dinge

Uni Bayreuth aktuell

- + Kommen und Gehen
- + Preis für gute Lehre an Prof. Dr. Sigloch
- + Ehrung für Prof. Häberle
- + 2. internationale Festschrift für Prof. Häberle
- + Verwaltungsgebühr
- + Prof. Herz in Ausschuss für Geldtheorie und Geldpolitik gewählt
- + Vortragsreihe „Gesundheitswesen im Wandel“
- + Symposium mit der Praxis: Die Zukunft geschlossener Fonds in Zeiten des 5. Bauherrenenerlasses
- + Rechtstheoretiker Karl-Heinz Ladeur zu Gast in Bayreuth
- + Gesundheitspolitische Vortragsreihe: Gender Gap und Lebenserwartung
- + Bayreuther Absolvent sprach zur Integrierten Kommunikation im Dienstleistungsbereich
- + Medikamentenversandhandel
- + Bayreuther Sommersymposium 2004: „Public Private Partnership - Chancen, Risiken, Anforderungen“
- + „Well Aging - Gesund alt werden: die Herausforderung der Zukunft“
- + Eine langfristige Sicht - Anforderungen an die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens
- + Ex-Bundesverfassungsrichter Prof. Grimm bei IFF in Bayreuth
- + Exkursion des Lehrstuhls VWL IV zur Europäischen Wettbewerbs- und Sozialpolitik
- + ELSA-Bayreuth ehrt Prof. Häberle
- + VWL-Newsletter

RWverein aktuell

Obwohl sich hinter den Kulissen des Vereins zur Zeit vieles bewegt fällt der Bericht über die Neuigkeiten, die sich beim RWverein ereigneten, in diesem Monat kurz aus.

Sowohl die weitere Überarbeitung der Homepage als auch die Planung weiterer Aktivitäten, wie die Einrichtung einer Internetplattform für die RW-Fakultät unter www.RWforum.de, laufen momentan auf Hochtouren. Mit der Einführung der neuen Internetpräsenz rechnen wir in den nächsten Tagen. Das Forum soll sowohl die Kommunikation unter den Studierenden als auch den Kontakt zwischen Absolventen und Studenten der Uni Bayreuth fördern.

Wir hoffen so weitere Absolventen und Studierende für unseren Verein begeistern zu können und freuen uns über die ständig anwachsende Mitgliederzahl.

Uni Bayreuth aktuell

Kommen und Gehen

Rufe an auswärtige Wissenschaftler

Professor Dr. Reinhard Meckl,
Universität Jena, auf den Lehrstuhl Betriebswirtschaftslehre IX / Internationales Management

Professor Dr. Wolfgang Kahl,
Universität Gießen, auf den wieder zu besetzenden Lehrstuhl für Öffentliches Recht I/ Deutsches und Europäisches Wirtschaftsrecht, Nachfolge Professor Dr. Huber

Dr. Torsten Eymann,
Universität Freiburg, auf den wieder zu besetzenden Lehrstuhl Betriebswirtschaftslehre VII / Wirtschafts-informatik (Nachfolge Professor Dr. Armin Heinzl)

Rufe an Bayreuther Wissenschaftler

PD Dr. Chrysostomos Mantzavinos,
habilitiert in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, an die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Witten-Herdecke

Lehrbefugnis

PD Dr. Markus Kotzur,
für das Fachgebiet Öffentliches recht, Völker- und Europarecht, zum 5. Juli 2004

Aus dem Senat

Der Senat befürwortet und unterstützt die Einrichtung eines Graduiertenkollegs zum Thema „Geistiges Eigentum und Gemeinfreiheit“.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 6/August 2004

Preise und Ehrungen

Preis für gute Lehre an Prof. Dr. Sigloch

Der Bayreuther Ökonom Professor Dr. Jochen Sigloch gehört zu den 15 Bayerischen Wissenschaftlern, die am 8. Juni in Würzburg von Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel mit dem Preis für gute Lehre ausgezeichnet wurden. Der Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre und Wirtschaftsprüfung konnte den mit 5.000 Euro dotierten Preis, der dieses Jahr zum 6. Mal verliehen wurde, nicht selbst entgegen nehmen, da er verhindert war. Dies tat für ihn Vizepräsident Professor Dr. Georg Krausch.

Professor Sigloch, der vom Senat der Universität einstimmig unter fünf Kandidaten ausgewählt worden war, gilt als Hochschullehrer, der seine Veranstaltungen vorbildlich vorbereitet und gestaltet und besonderen Wert auf eine intensive Betreuung der Studierenden auch außerhalb der Lehrveranstaltungen legt. Die Fachschaft der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hatte in ihrem Votum hervorgehoben, es sei ihr wichtig gewesen, einen Professor vorzuschlagen, der sowohl für Studenten der Studienrichtungen Betriebs- und Volkswirtschaftslehre als auch für Jura-Studenten ein Begriff sei. Sigloch vermittele den Studierenden eine umfassende, aktuelle und fachlich fundierte Ausbildung, in die sie selber aktiv mit einbezogen würden.

Der daraus resultierende Dialog zwischen dem Dozenten und seinen Hörern beeinflusse das Lernverhalten positiv. Unterstützt durch detaillierte, übersichtliche und stets aktuelle

Skripten lasse sich den Inhalten der Vorlesung des neuen Preisträgers gut folgen und ermögliche eine gründliche Nachbereitung. Außerdem wurde von den Studierenden hervorgehoben, dass zu jeder Vorlesung Siglochs zum Teil mehrere Übungen angeboten würden, die inhaltlich auf die in den Vorlesungen behandelten Themen eingingen.

Insgesamt zeichne sich der Ökonomie-Professor durch seine Fähigkeit aus, auf anspruchsvollen wissenschaftlichen Niveau Wissen strukturiert, anschaulich und interessant zu vermitteln.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Ehrung für Prof. Häberle

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Peter Häberle wurde mit der Ehrentafel der nationalen Universität San Marcos (Peru) ausgezeichnet.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 6/August 2004

2. internationale Festschrift für Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Häberle

Nachdem der Bayreuther Professor im Mai 2004 in Berlin zu seinem 70. Geburtstag eine erste internationale Festschrift erhalten hat, wurde ihm in diesen Tagen in Madrid eine zweite Festschrift in spanischer Sprache gewidmet. Sie gilt einem Lebensthema des Jubilars: Verfassungsrecht und Kultur. In der Festschrift schrieben mehr als 40 Autoren aus Spanien, Lateinamerika, Portugal und Italien über das Thema.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Verwaltungsgebühr

Bayreuths Studenten müssen – wie alle Studierenden bayerischer Hochschulen – nun tiefer in die Tasche greifen.

Erstmals bei den Rückmeldungen zum Wintersemester 2004/05, die in der zweiten Juni-Hälfte ablief, wurde ein vom Landtag beschlossener Verwaltungskostenbeitrag von 50 • fällig, den später auch die Neueinschreiber zu zahlen haben. Insgesamt müssen die Studierenden 105,70 • zahlen, wobei diese Summe sich aus dem Studentenwerksbeitrag von 35 •, der zusätzlichen Kostenpauschale von 20,70 • für das Semesterticket und dem neuen

Verwaltungskostenbeitrag zusammensetzt. Ausgenommen von der Beitragspflicht sind ausländische Studenten, die im Rahmen von zwischenstaatlichen oder übernationalen Abkommen, von Abgabefreiheit garantierenden Hochschulvereinbarungen oder im Rahmen von Förderprogrammen, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln des Bundes oder der Länder finanziert werden, immatrikuliert sind. Und wenn ein Student binnen eines Monats nach Semesterbeginn (1. Oktober oder 1. April) in einem zulassungsbeschränkten Studiengang an einer anderen Hochschule zugelassen oder immatrikuliert wird, erläßt die Universität den Betroffenen auf Antrag und im Einzelfall die fälligen Semestergebühren.

Der Verwaltungskostenbeitrag, den der Freistaat im Nachtragshaushaltsgesetzes 2004 im Frühjahr festgelegt hatte, stellt einen Unkostenbeitrag für bisher kostenfreie Verwaltungsleistungen der Hochschulen dar, wie etwa die zentrale Studienberatung, die Vermittlung von Praktika, den Service der Auslandsämter oder für Immatrikulation, Exmatrikulation, Beurlaubung und Rückmeldung.

Die Einnahmen aus dem Verwaltungskostenbeitrag sollen laut Wissenschaftsministerium dazu beitragen, dass die durch die Einnahmesituation der staatlichen Haushalte beschlossenen Einsparungen bei den Hochschulen geringer ausfallen. Mit den Einnahmen von rund 22 Mio. Euro im Wissenschaftshaushalt hätten bei den Haushaltsberatungen rund 450 Stellen – vor allem für den akademischen Nachwuchs – gesichert werden können, die sonst vom Finanzministerium eingezogen worden wären. Verwaltungsgebühren werden bereits in Baden- Württemberg (40 • pro Semester) und Niedersachsen (50 • pro Semester) erhoben.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Kommissionen

Prof. Oberender in Medizinstrukturkommission berufen

Seit langem schon beschäftigt sich der Bayreuther Volkswirtschaftsprofessor Dr. Dr. h.c. Peter Oberender mit Fragen der Gesundheitsökonomie, was auch dazu führte, dass er mehrfach in Expertenkommissionen berufen wurde.

Jetzt hat ihn der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden Württemberg zum Mitglied der „Medizinstrukturkommission Baden Württemberg – Sachverständigenkommission, universitäre Krankenversorgung (MSK)“ berufen.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Prof. Herz in Ausschuss für Geldtheorie und Geldpolitik gewählt

Professor Dr. Bernhard Herz, Inhaber des Lehrstuhls Volkswirtschaftslehre I ist in den Ausschuss Geldtheorie und Geldpolitik der Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften (Verein für Socialpolitik) gewählt worden

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Vortragsreihe „Gesundheitswesen im Wandel“

Die von Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Oberender (Lehrstuhl VWL IV) initiierte Vortragsreihe „Gesundheitswesen im Wandel“ im zu Ende gehenden Sommersemester war ein großer Erfolg.

Zu den fünf Vorträgen konnte der Gastgeber über 250 Gäste begrüßen. Besonders großes Interesse weckten die Vorträge von Ralf Däinghaus, dem Gründer und Geschäftsführer des Internet- Medikamenten- Versandhandels DocMorris.com, von Dr. Andreas Poensgen, Geschäftsführer der Unternehmensberatung Boston Consulting Group, und von Dr. Günther Sauerbrey, Mitglied des Managing Boards beim Pharmaproduzenten Merz sowie stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie.

Daneben konnte Prof. Oberender mit Prof. Klaus Heilmann (Heilmann Communications) und Sigrid Engelbrecht (Engelbrecht Media, Stadträtin in Bayreuth) weitere namhafte Referenten in Bayreuth begrüßen.

Der große Erfolg der Vortragsreihe hat Prof. Oberender dazu veranlaßt, diese im Wintersemester fortzuführen. Zu den Gästen gehört im Rahmen der Begrüßung des neuen Studienjahrgangs Gesundheitsökonomie Frau Sozialstaatsministerin Christa Stewens (21.10.) sowie der Bamberger Erzbischof Schick (30.11.), der über ethische Aspekte der Stammzellenforschung sprechen wird.

Die weiteren Termine werden im Oktober bekanntgegeben. Nach Abschluß der Vortragsreihe sollen die Vorträge in einem Sammelband erscheinen.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 6/August 2004

Symposium mit der Praxis: Die Zukunft geschlossener Fonds in Zeiten des 5. Bauherrenenerlasses

Die Forschungsstelle für deutsches und internationales Kapitalanlage- und Unternehmensteuerrecht der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (Leitung Professor Dr. Karl-Georg Loritz) veranstaltete auch dieses Jahr im Schlosshotel Kronberg/ Taunus ihr traditionelles Symposium zusammen mit der Zeitschrift Finanzwelt und FKS (Private Forschungsgemeinschaft für Kapitalanlage und Steuerrecht), beide Wiesbaden.

Auch dieses Jahr waren auf Einladung der Veranstalter 50 Spitzenvertreter – die Zahl ist aus Gründen der Effektivität der Diskussionsrunde begrenzt – zusammengekommen, um erneut über Gegenwart und Zukunft eines aktuellen immobilienwirtschaftlichen Themas anhand mehrerer Referate zu diskutieren, praktische Erfahrungen auszutauschen und auch rechtspolitische Vorschläge zu unterbreiten. Generalthema bildete die Zukunft geschlossener Fonds in Zeiten des 5. Bauherrenenerlasses, durch den die Verwaltung - in Ausführung einer immer restriktiver werdenden „kapitalanleger-unfreundlichen“ Rechtsprechung verschiedener Senate des BFH - Fondskonzeptionen zunehmend erschwert.

Nach Referaten von Michael Wilke, Vorstand der Ideen- Kapital-AG, Dr. E. von Heymann, Syndicus Deutsche Bank AG, Dr. H.-G. Strom, Rechtsanwalt München, Professor Loritz und Dr. W. Türschmann, Vorstand der SAB, Bad Homburg, zu verschiedenen Themen wie der Frage steuerlich noch möglicher Konzeptionen bis hin zur Nutzung geschlossener Immobilienfonds und sonstiger Immobilienkapitalanlagen zur Rückdeckung von Altersvorsorgen im betrieblichen Bereich, ergab sich ein umfassendes Feld für die Diskussion.

Bei aller Unterschiedlichkeit und Vielschichtigkeit der Themen waren sich Wissenschaft und Praxis einig, dass insbesondere eine umfassende Aufklärung der für Gesetzgebung und

Verwaltungsvollzug im Bereich der Steuern Verantwortlichen in wesentlich stärkerem Umfang als bisher erfolgen müsse. Nur so sei es möglich, eine steuerliche Gleichbehandlung von Immobilieninvestoren mit anderen Investoren statt der derzeit bestehenden Benachteiligung durch Rechtsprechung und Finanzverwaltung wieder herzustellen. Aus der Sicht der Veranstalter wird wegen der kontinuierlich und auch dieses Jahr wieder positiven Resonanz aller Teilnehmer dieses Symposium im Schloss Kronberg auch weiterhin ein Forum für aktuellen und zukunftsorientierten Meinungsaustausch für die Spitzenvertreter der Immobilienwirtschaft bleiben. Die nächste Veranstaltung wird im Mai 2005 stattfinden.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Rechtstheoretiker Karl-Heinz Ladeur zu Gast in Bayreuth

Mit Prof. Dr. Karl-Heinz Ladeur (Universität Hamburg) war am 1. Juli einer der profiliertesten und meistgefragten Rechtstheoretiker im Bereich des öffentlichen Rechts zu Gast beim Intradisziplinären Forum Franken (IFF) in Bayreuth.

Das von Prof. Dr. Oliver Lepsius (Bayreuth) und Prof. Dr. Matthias Jestaedt (Erlangen) ins Leben gerufene Forum fand bereits zum elften Mal statt. Ziel des Forums ist es, eine Vortrags- und Gesprächsplattform zur Erörterung innerjuristischer Theorie- und Methodenprobleme zu bieten. Karl-Heinz Ladeur entfaltete eine „Kritik der Abwägungslehre in der Grundrechtstheorie“ vor allem in Auseinandersetzung mit dem bekannten Theoriegebäude von Robert Alexy, zu dessen grundlegenden Werken die „Theorie der Grundrechte“ und die „Theorie der juristischen Argumentation“ zählen. Alexy hatte zuvor auf einer anderen Veranstaltung des Intradisziplinären Forums Franken sein Abwägungsmodell dargelegt.

Ladeur wandte sich gegen Tendenzen zur „Konstitutionalisierung der Rechtsordnung“ und gegen das Verständnis der Grundrechte als Optimierungsgebote. Der hiermit verbundenen „Einebnung aller Unterschiede zwischen den Grundrechten“ sei mit einer differenzierten Handhabung der einzelnen Gewährleistungsgehalte der Grundrechte zu begegnen. Ladeur sprach sich für eine verstärkte Anerkennung der

gesetzgeberischen Freiheit in der Verteilung einzelner Rechtspositionen aus. Zudem sah er ungenutztes Potential in Modellen der gesellschaftlichen Selbst-Organisation.

Mit der Etablierung von „Beziehungsnetzwerken“ in „Such- und Experimentierfunktion“ sei den veränderten Rahmenbedingungen staatlichen Handelns, insbesondere den wachsenden Wissensdefiziten, zu begegnen. Dabei wollte Ladeur sein Anliegen nicht als grundsätzliches Plädoyer gegen die Notwendigkeit der Abwägung kollidierender Grundrechts- und Verfassungsrechtsposition verstanden wissen, wohl aber als Warnung vor einer „Abwägungshypertrophie“.

In der knapp 90minütigen, angeregten und kontroversen Diskussion, an der sich auch viele Studierende beteiligten, wurde unter anderem die grundsätzliche Orientierung an dem verfassungsrechtlich vorgegebenen Leitmedium des Gesetzes eingefordert. Zudem wurden die systemtheoretischen und institutionenökonomischen Prämissen im Modell Ladeurs auf den Prüfstand gestellt.

Die nächste Veranstaltung des Intradisziplinären Forums Franken findet am 28. Oktober 2004 um 18 h c.t. im Raum S 40 im RW-Gebäude der Universität Bayreuth statt. Prof. Dr. Christoph Engel (Bonn) referiert zum Thema „Die Wissenschaft von der Rechtspolitik“. Alle Interessierten sind herzlich zu Vortrag und Diskussion eingeladen.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 6/August 2004

Gesundheitspolitische Vortragsreihe: Gender Gap und Lebenserwartung

Fast als Gewissheit wird in der öffentlichen Diskussion das empirische Ergebnis betrachtet, dass die Lebenserwartung von Frauen die von Männern deutlich übersteigt.

Der Frage, ob es für dieses Phänomen auch ökonomische Erklärungsmuster gibt, die einerseits theoretisch andererseits empirisch nachvollziehbar sind, widmete sich Prof. Dr. Stefan Felder vom Institut für Sozialmedizin und Gesundheitsökonomie der Universität Magdeburg im Rahmen der sozial- und gesundheitspolitischen Vortragsreihe, die zusammen von den Lehrstühlen von Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Oberender und Prof. Dr. Volker Ulrich organisiert wird. Felder stellte zu Beginn seiner Ausführungen auf die jüngsten

ökonomischen Untersuchungen zum Phänomen des „Gender gap“ ab und legte anschließend seine eigene Modellvorstellungen zur Erklärung einer nutzentheoretischen Bewertung des Gender gap in der Wertschätzung des Lebens dar.

Grundlegend wollte Felder den nutzentheoretischen Zusammenhang der Wertschätzung des Lebens im Bezug auf muster-gültige Familienstände betrachtet wissen. Er unterschied dabei zwischen einem Singlehaushalt und dem Haushalt eines Ehepaars. Letztgenannter Musterhaushalt wurde in ein utilitaristisches und ein altruistisches Ehepaar unterteilt. Beim Singlehaushalt kann bei Annahme einer typischen Nutzenfunktion, die auf den Jahreskonsum abstellt, nachgewiesen werden, dass bei gleichen Vermögen bei den Singles ein Gender gap im Wert des Lebens zugunsten der Männer existiert.

Die theoretische Begründung liegt im höheren Grenznutzen des Jahreskonsums, der bei Männer infolge der niedrigeren Lebenserwartung zu konstatieren ist. Bei den Ehepaaren muss aber zwischen altruistischen und utilitaristischen Paaren unterschieden werden. Während bei der ersten Paarbeziehung die theoretische Erklärung ein Gender gap zugunsten der Männer implizieren würde, sei bei utilitaristischen Paaren mit keinem Gender gap zu rechnen. Diese Ergebnisse wurden von Felder einem empirischen Test unterworfen, wo er die Schweizer Bevölkerung älter als 65 Jahren hinsichtlich Familienstand und Vermögensverteilung mit einem Schätzverfahren untersuchte.

Die meisten Hypothesen, die sich aus dem theoretischen Modell ableiten ließen, konnten empirisch geprüft werden. Insbesondere wurde deutlich, dass der Familienstand und die Vermögensverteilung die erwarteten Effekte auf den Gender gap in der Lebenserwartung haben. Dabei wurde auch deutlich, dass der Gender gap in altruistischen Gesellschaften sich mit einer geringeren Varianz widerspiegeln dürfte. In der abschließenden Diskussion wurden insbesondere die normativen Konsequenzen des theoretischen Modells diskutiert. Dabei wurde insbesondere die Frage aufgeworfen, inwiefern soziale Sicherungssysteme selbst wieder Anreizwirkungen auf die Wertschätzung des Lebens und damit die Lebenserwartung haben.

Auch Prof. Felder machte deutlich, dass sich unmittelbare gesundheitspolitische Implikationen

nur sehr bedingt aus den Forschungsansätzen ableiten ließen. Interessant könnte aber die Frage sein, ob im intragenerationellen Vergleich die unterschiedlichen nationalen Schwerpunkte auf medizinische Präventions- und Therapieprogramme nicht einen erheblichen Einfluss auf die Bewertung des Gender gap haben. Dabei müssten aber noch viel stärker gerechtigkeits-theoretische Implikationen in die Modellbetrachtung einfließen.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 6/August 2004

Bayreuther Absolvent sprach zur Integrierten Kommunikation im Dienstleistungsbereich

Vom Lehrstuhl für Marketing und Unternehmensführung (Prof. Dr. Manfred Bruhn) an der Universität Basel kam Dipl.-Kfm. Marcus Stumpf für einen Vortrag an die Universität Bayreuth.

Im Rahmen der Vorlesung „Grundlagen des Dienstleistungsmanagements“ sprach der Bayreuther Absolvent über „die Notwendigkeit und Gestaltung einer integrierten Kommunikation im Dienstleistungsbereich“ vor den über 250 Studierenden. Marcus Stumpf, der nach seinem BWL-Diplom an der Universität Bayreuth an die Universität Basel wechselte, kam auf Einladung von Prof. Dr. Herbert Woratschek (Lehrstuhl für Dienstleistungsmanagement) nach Bayreuth. Der Kontakt ging auf das Lehrstuhl- Café im Rahmen des Absolvententages 2003 zurück, an dem Marcus Stumpf die Universität Bayreuth besuchte. Im Anschluss an den Vortrag erfolgte eine lebhafte Diskussion, in der die Studierenden den Experten für integrierte Kommunikation zu seinen Erfahrungen und den besonderen Problemfällen im Dienstleistungsbereich befragten.

Die Rückmeldung der Studierenden bezüglich der Integration externer Referenten in die Vorlesungsreihe war äußerst positiv, so dass auch in Zukunft Referenten aus Wissenschaft und Praxis neben den angebotenen Exkursionen den „Blick über den Tellerrand“ erweitern helfen werden.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 6/August 2004



Medikamentenversandhandel

Medikamente gibt es günstiger. Der Grund: Der Arzneimittel-Markt im Nachbarland Niederlande ist bereits vor Jahren liberalisiert worden.

Durch die im Europäischen Vertrag festgelegte Freiheit des Warenverkehrs ist es Verbrauchern in der Europäischen Union möglich, in Holland Medikamente zu günstigeren Preisen zu bestellen. Diesen Standortvorteil nutzte vor vier Jahren Ralf Däinghaus mit seinen Partnern und gründete unweit der deutsch-niederländischen Grenze die erste europäische Versandhandelsapothek DocMorris.

Die Kernaussage des Vortrags von Ralf Däinghaus, den er an der Universität in Bayreuth hielt, war dementsprechend klar: Noch mehr Liberalisierung im deutschen Apothekenmarkt führt zu mehr Wettbewerb. Und mehr Wettbewerb führt zu positiven Effekten für den Verbraucher. Mit dieser Analyse lässt Ralf Däinghaus, der auf Einladung von Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Oberender bereits zum wiederholten Mal nach Bayreuth kam, keinen Zweifel aufkommen, dass er voll und ganz von der politischen Notwendigkeit einer weiteren Liberalisierung des Apothekenmarktes überzeugt ist.

Er identifiziert alleine in Arzneimittel-Bereich für das Gesundheitssystem enorme Effizienzreserven, die zu Einsparungen in Milliardenhöhe führen können. Voraussetzung sei jedoch eine rasche politische Umsetzung weiterer Reformen. Die Gesundheitspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte hätte gezeigt, dass enorme Anstrengungen notwendig seien, um Politiker aller Parteien von den Vorteilen struktureller Veränderungen im Gesundheitssystem zu überzeugen. Zu groß sei häufig noch das Denken in alten Regeln, zu klein die Bereitschaft zur Veränderung.

Auch die deutschen Apothekerverbände seien noch nicht so weit, sich den neuen Herausforderungen voll und ganz zu stellen. Sie konzentrieren ihre Kräfte darauf, den Besitzstand, den sie dank staatlicher Regulierung erhalten haben, zu wahren, so Däinghaus. Gerade die Europäische Integration erfordere aber, sich dem zunehmenden Wettbewerb im Markt zu stellen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 11. Dezember 2003, in dem die Geschäftstätigkeit von DocMorris als rechens

bestätigt wurde, habe bewiesen, dass es keinen Weg zurück aus der Liberalisierung des Apothekenmarktes mehr gibt. Dies haben in den letzten Monaten auch verstärkt die Politiker verstanden, die sich zuvor noch vehement gegen die Liberalisierung des Medikamentenversandhandels ausgesprochen hatten. „Die Sache ist durch, mir fiel ein Stein vom Herzen“ betont daher auch Däinghaus mit Blick auf das EuGH-Urteil vom letzten Jahr. Jetzt kann sich DocMorris noch besser auf sein Kerngeschäft konzentrieren. Dies ist auch notwendig, so Däinghaus.

Mit den ersten Schritten der Liberalisierung des Apothekenmarktes durch die Gesundheitsreform, die am 1. Januar 2004 in Kraft trat, hat der Wettbewerb begonnen. Sein Unternehmen sei jedoch hervorragend aufgestellt und habe sich gut gerüstet, um im Wettbewerb zu bestehen. Gerade mit der Einführung der Gesundheitsreform habe sich die Zahl der Neukunden enorm gesteigert. Gegenüber anderen Versandhändlern habe man den Vorteil der Größe. Für die Apotheke vor Ort seien die Fixkosten des Versandes von Medikamenten zu hoch, um mithalten zu können. Viele Versender werden – so seine Prognose – nicht im Markt bestehen können.

In der anschließenden Diskussion mit Fachvertretern der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sowie Bayreuther Apothekern und Studierenden der Universität unterstrich Däinghaus, dass der Medikamentenversandhandel ein gutes Beispiel ist, wie die Liberalisierung im deutschen Gesundheitssystem von unten, von den beteiligten Akteuren selbst, angestoßen werden kann. Die Apotheker rief er dazu auf, den Erfolg von DocMorris als Motivation zu begreifen, um auf politischer Seite darum zu kämpfen, weitere institutionelle Hürden auf dem Apothekenmarkt zu beseitigen.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Bayreuther Sommersymposium 2004: „Public Private Partnership – Chancen, Risiken, Anforderungen“

Public Private Partnership (PPP) ist eine spezielle Form der Steuerung und Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch eine Kooperation von öffentlicher Hand und privaten Investoren.

PPP steht seit vielen Jahren im Blickpunkt der

Diskussion, die vor dem Hintergrund der erkannten Notwendigkeit einer neuen Ausgestaltung öffentlicher Aufgabenerfüllung geführt wird. Das Herkunftsland von öffentlich-privaten Kooperationen sind die USA, wo bereits seit den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts solche Formen der Zusammenarbeit existieren. In dieser Zeit kam es in den USA zu einer Häufung von Problemen, die der traditionell strukturierte öffentliche Sektor nicht mehr bewältigen konnte. Nach einem dramatischen Einbruch der öffentlichen Einnahmen kam es zu einem Reformschub, der zu einer verstärkten Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Investoren führte.

Da ähnliche Probleme gegenwärtig in Deutschland zu beobachten sind, wird die Bedeutung von Public Private Partnerships hierzulande zunehmen. Das erstmalig veranstaltete Bayreuther Sommersymposium leistete hierzu einen wertvollen Beitrag. Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Oberender vom Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, der zu dem Symposium eingeladen hatte, konnte vier hochkarätige Referenten begrüßen, die jeweils ihre Sichtweise öffentlich-privater Partnerschaften dargelegt haben.

Nach einigen Begrüßungsworten des Universitätspräsidenten Prof. Dr. Dr. h. c. Helmut Ruppert, in denen dieser auf die wachsende Bedeutung privaten Engagements für die Hochschulen hinwies, begrüßte Prof. Oberender als Moderator der Veranstaltung Herrn Prof. Dr. Dietrich Budäus vom Lehrstuhl Public Management der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Budäus ist ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet des Verwaltungsmanagements im Allgemeinen und PPPs im Speziellen. Seit vielen Jahren versucht er die stark interessensgeleitete Diskussion wissenschaftlich zu fundieren, wobei er sich insbesondere der Public Choice-Theorie und der Vertragstheorie bedient. Seine teilweise wegweisenden Forschungsergebnisse für PPPs in Deutschland stellte er in seinem Vortrag „Public Private Partnership zwischen interessengeleitetem Aktionismus und konstruktiver Problemlösung öffentlicher Aufgabenwahrnehmung“ dar.

Im zweiten Vortrag des Symposiums stellte Herr Matthias Herrmann mit der Warnowquerung Rostock ein Praxisbeispiel für Public Private

Partnerships vor. Die Warnowquerung ist das erste privatfinanzierte Verkehrsprojekt in Deutschland auf Konzessionsbasis. Aufgrund der knappen öffentlichen Mittel hat sich die Stadt Rostock entschieden, diesen Weg zu gehen. Die Warnowquerung hat als Gesellschaft ohne jede staatliche Beteiligung einen Tunnel unter der Warnow als Verbindung zwischen dem Ost- und Westteil der Stadt gebaut und finanziert sich über Mautzahlungen der Verkehrsteilnehmer, die diesen Tunnel nutzen. Auch wenn die Gesellschaft derzeit noch rote Zahlen schreibt, soll sie laut Bundesverkehrsministerium als Pilotprojekt Beispiel sein für die Einführung weiterer privatfinanzierter Verkehrsprojekte in Deutschland.

Im zweiten Teil des Symposiums sprach der nordrhein-westfälische Finanzstaatssekretär Dr. Harald Noack zu dem Thema „PPP – Entwicklungspotential für Planer und öffentliche Auftraggeber – Erfahrungen in NRW“. Nordrhein-Westfalen ist in Deutschland Vorreiter in Sachen Public Private Partnership. In zahlreichen Projekten wurde die Idee der privaten Bereitstellung ehemals öffentlicher Aufgaben bereits umgesetzt. Insbesondere im kommunalen Hochbau und im Schulwesen setzt NRW hier Akzente. Obwohl Dr. Noack betonte, daß sein Bundesland diesen Weg weitergehen möchte, warnte er auch vor übertriebenen Hoffnungen der Kommunen. Einsparpotentiale von 20 Prozent, wie sie teilweise propagiert werden, seien unrealistisch. Trotzdem rief er dazu auf die Chancen, die sich durch PPPs bieten, zu ergreifen.

Abschließend sprach Torsten Oltmanns, Mitglied der Geschäftsführung der renommierten Unternehmensberatung Booz Allen Hamilton in Berlin. Booz Allen Hamilton beschäftigt sich seit langer Zeit mit PPP-Projekten und hat dazu mehrere Arbeitsgruppen initiiert. Herr Oltmanns selbst kam im letzten Jahr zu der Unternehmensberatung, nachdem er sich zuerst als Wirtschaftsjournalist mit dem Thema auseinandersetzte und anschließend für die öffentliche Hand, genauer gesagt für die Bundeswehr zwei große PPP-Projekte umsetzte. Aus diesem großen Erfahrungsschatz schöpfte Oltmanns bei seinem Vortrag, in dem er insbesondere auf die Erfolgsfaktoren öffentlich-privater Zusammenarbeit einging. Wie sein Vorredner warnte aber auch er die Kommunen

und Länder vor übertriebenen Hoffnungen. Trotzdem solle man solche Projekte angehen, die aber von Seiten der öffentlichen Hand professioneller angegangen werden müßten und in seinen Augen auch keine wirkliche Alternative zu einer reinen Privatisierung sind, durch die man öffentliche Güter und Aufgaben noch wesentlich effizienter bereitstellen könne.

Diesen Aspekt griff auch Prof. Oberender in seiner Zusammenfassung des Tages auf. Die öffentliche Hand sieht sich mit der Tatsache konfrontiert, daß die finanziellen Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, nicht mehr ausreichen, um alle Aufgaben zu erfüllen. Public Private Partnerships können in seinen Augen ein wichtiges Instrument sein, die Dichotomie zwischen Staat und Privatwirtschaft zumindest teilweise zu beenden. Entscheidend sei aber, wie Oltmanns in seinem Vortrag schon betonte, daß die effizienteste aller Lösungen die reine Privatisierung sei. Diese sei auch in vielen Bereichen denkbar, die heute noch in den Augen vieler Politiker von Privatisierungsbestrebungen auszunehmen sind.

Das Bayreuther Sommersymposium wurde von allen Beteiligten als Erfolg gesehen. Es soll in Zukunft jährlich im Rahmen des RW-Sommerfests des RWVereins stattfinden und dazu beitragen, aktuelle Forschungsgebiete der volkswirtschaftlichen Lehrstühle einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

„Well-Aging – Gesund alt werden: die Herausforderung der Zukunft“

Die Folgen des demographischen Wandels werden gerade in Hinblick auf das Gesundheitswesen häufig diskutiert.

Seit der Veröffentlichung des Buches „Das Methusalem-Komplott“ von Frank Schirrmacher, Herausgebers der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, steigt auch das Interesse an den Folgen des Alterns für den Einzelnen und der Umgang damit. Wie ist mit dem Prozeß des Alterns umzugehen? Welche Möglichkeiten haben wir die Lebensqualität durch bewußtes Leben zu erhöhen? Diesen und ähnlichen Fragen geht Frau Sigrid Engelbrecht, Bayreuther Stadträtin (Bündnis 90/Die Grünen) und Geschäftsführerin von Engelbrecht Media, seit langer Zeit nach.

Im Rahmen eines Vortrags, zu dem Prof. Dr. Dr.

h. c. Peter Oberender vom Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre eingeladen hat, präsentierte Frau Engelbrecht ihr Konzept eines bewußten und gesunden Älterwerdens.

Alle Menschen werden älter. Dieser Prozeß ist unausweichlich und nicht aufzuhalten. Dieses Älterwerden muß bewußt gestaltet werden. Mit dieser Kernaussage trat Frau Engelbrecht vor die Zuhörer. Es ist zugleich die These, mit der sich ihr Konzept des „Well-Aging“ von dem des „Anti-Aging“ abgrenzt. Anti-Aging, so die Referentin, soll als Teil eines steigenden Gesundheitsbewußtseins in der Bevölkerung nicht verhindert oder verteuert werden.

Es ist jedoch nicht der Weisheit letzter Schluß, so Engelbrecht, es hierbei zu belassen. Anhand einer Reihe von Beispielen und Forschungsergebnissen zeigte sie, daß Menschen, die ihrem Alter positiv entgegengehen und den Prozeß des Alterns bewußt nach eigenen Vorschlägen gestalten, eine höhere Lebensqualität besitzen und leistungsfähiger sind als Menschen, die dies nicht tun oder mit einer negativen Einstellung das Älterwerden erleben. In diesem Kontext sprach sich Frau Engelbrecht, obwohl selbst Gewerkschaftsmitglied, gegen eine Arbeitszeitverkürzung und starre Renteneintrittsregeln aus. Es würden dabei diejenigen diskriminiert, die Arbeit als etwas Positives und als Teil ihres Lebens begreifen. Mit einer solchen Politik werde Menschen eingeredet, Arbeit sei etwas Schlechtes. Das Hauptaugenmerk sollte vielmehr darauf gerichtet sein, die Arbeitsbedingungen besser zu gestalten, so daß der alltägliche Gang an den Arbeitsplatz nicht als lästige Pflicht empfunden wird.

Frau Engelbrecht, die in ihren Aussagen auch von Prof. Oberender und den Zuhörern unterstützt wurde, wies auch darauf hin, daß mit den bestehenden Arbeitszeitregelungen gerade das große Wissen älterer Menschen verloren geht und in die Arbeitsprozesse nicht mehr einfließen kann. Well-Aging, so Engelbrecht, sollte daher als eines von vielen Konzepten mehr Beachtung finden. Leben Menschen positiv und bewußt, so erhöht sich ihre Lebensqualität des einzelnen, was letztlich positive Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft hat.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Eine langfristige Sicht – Anforderungen an die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens

Das Gesundheitssystem steht vor enormen Herausforderungen. Diese These ist nicht neu, gab aber Anlaß für Herrn Dr. Andreas Poensgen einen neuen Blick auf die Anforderungen an die Weiterentwicklung zu werfen.

Im Rahmen der Vortragsreihe „Gesundheit und Gesundheitswesen im Wandel“, die der Lehrstuhl von Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Oberender an der Rechtsund Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät organisiert, stellte der Hamburger Geschäftsführer der weltweit ältesten Unternehmensberatung Boston Consulting Group, diese Sichtweise dar. Ein ständig wachsender Bedarf an finanziellen Mitteln im Gesundheitswesen und eine weniger stark steigende, in einigen Jahren wahrscheinlich schrumpfende Finanzierungsgrundlage in solidarisch finanzierten Gesundheitssystemen zwingen zum umdenken. Dr. Poensgen wählte eine historische Perspektive, um deutlich zu machen, daß diese Probleme schon immer in fortschrittlichen Gesellschaften bestanden und sich dementsprechend auch heute bei weitem nicht auf die Bundesrepublik Deutschland beschränken.

Poensgen zeigte anhand interessanter Beispiele aus der Geschichte, daß es ein seit vielen Jahrzehnten beobachtbares Phänomen ist, daß die Bedürfnisse nach Gesundheitsleistungen in wachsenden Industriegesellschaften überproportional steigen. Ernüchternd war sogleich seine Analyse: keine Gesellschaft der Welt wird sich in einem solidarisch finanzierten Gesundheitswesen dieses Problems entledigen können. Man muß vielmehr diese Tatsache akzeptieren, die vor dem Hintergrund einer älter werdenden Bevölkerung und eines rasanten medizinisch-technischen Fortschritts noch an Brisanz gewinnt. Eine Lösung, die den Menschen von Seiten der Politik vorspielt, man könne dieses Problem lösen, indem man Gesetze ändert und nur anders als bisher reguliert, ist nach Poensgens Auffassung daher Augenwischerei. Egal ob Bürgerversicherung oder Kopfprämie, diese Lösungen sind zu kurzfristig angelegt. Sein Vorschlag ist eine langfristige Orientierung an nicht änderbaren Tatsachen. Hierfür wählt Poensgen drei Punkte, an denen man ansetzen

muß.

Dies ist zum einen das gesamtwirtschaftliche Wachstum als entscheidende Orientierungsgröße ohne die ein steigender Wohlstand nicht möglich wäre. Zum anderen ist dies eine Aufdeckung und Behebung von Produktivitäts- und Innovationsdefiziten und schließlich eine Antwort auf die Frage nach neuen Organisations- und Finanzierungsformen. Poensgen unterstrich bei seiner Analyse insbesondere die Bedeutung des Wachstums als Grundlage für den Erfolg auch anderer Reformschritte im Gesundheitswesen. Für das Wachstum wie für die Behebung von Produktivitätsdefiziten im Gesundheitswesen und die Förderung von Innovationen bedarf es in einem ersten Schritt eines erheblichen Bürokratieabbaus. Dies kommt letztlich auch dem dritten Orientierungspunkt für eine Neuausrichtung zugute. Neue Organisationsformen brauchen auf der einen Seite Freiraum, auf der anderen Seite aber auch Rechtssicherheit. Am praktischen Beispiel der integrierten Versorgungsmodelle zeigte Poensgen hier das mögliche Entwicklungspotential auf. Andere Länder, insbesondere die USA und die Schweiz, hätten dies mit verschiedenen Modellen erfolgreich vorgemacht.

Zusammenfassend stellte Dr. Poensgen am Ende des Vortrages fest, daß es aufgrund unveränderlicher Tatsachen zu einem Ende des „Herumdokterns“ am Gesundheitswesen kommen und eine langfristige Ausrichtung der Rahmenbedingungen den Handelnden im System möglichst viel Entwicklungsraum geben muß. Eine vorgefertigte Lösung hatte auch der Hamburger Unternehmensberater nicht parat. Er plädiert jedoch für ein Nebeneinander verschiedener Modelle und machte am Beispiel der Integrierten Versorgungsmodelle deutlich, daß so der Markt entscheiden soll, welche Lösung tragfähig ist und welche nicht.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Ex-Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Grimm beim IFF in Bayreuth

Am 8. Juni begannen mit einem Vortrag von Richter am Bundesverfassungsgerichts a. D. Professor Dr. Dr. Grimm, Rektor des Wissenschaftskollegs Berlin, zum Thema „Sozialwissenschaften im Verfassungsrecht“ die Veranstaltungen des Intradisziplinären Forums Franken (IFF) in Bayreuth.

Das im Sommersemester 2003 von Prof. Dr. Oliver Lepsius, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Bayreuth und Prof. Dr. Matthias Jestaedt von der Juristischen Fakultät der Universität Erlangen ins Leben gerufene Forum fand nach sieben in Erlangen abgehaltenen Sitzungen nun zum ersten Mal in Bayreuth statt und erreichte sogleich über 100 Teilnehmer. Ziel des Forums ist, eine Vortrags- und Gesprächsplattform zur Erörterung innerjuristischer Theorie- und Methodenprobleme zu bieten.

Prof. Grimm, Juristen v.a. als Richter am BVerfG bekannt, war neben seiner langjährigen Tätigkeit als ordentlicher Professor an der Universität Bielefeld und seit 2000 an der Humboldt-Universität zu Berlin auch Direktor des Zentrums für Interdisziplinäre Forschung in Bielefeld und so besonders eng mit den Fragestellungen des IFF verbunden. Er griff mit seinem Thema nach der Zulässigkeit der Übernahme von Erkenntnissen der Sozialwissenschaften in die Rechtswissenschaft eine seit langem diskutierte Fragestellung auf – die nach dem Verhältnis zu den sog. Nachbardisziplinen.

Nach einem historischen Abschnitt, der die Entwicklung der Problematik vom staatsrechtlichen Positivismus des Kaiserreichs bis zur Gegenwart aufzeigte, beantwortete Grimm die Frage mit Hilfe des komplexen Normbegriffs des Rechtstheoretikers Friedrich Müller. Danach erschöpfe sich die Norm nicht nur in Text und Zweck der Vorschrift; vielmehr enthalte sie auch ein Wirklichkeits-Element, das sich aus dem Ausschnitt der Wirklichkeit ergibt, für den die Norm geschaffen wurde. Dadurch könne der Rechtsanwender auf sozialen Wandel reagieren. Verändere sich der Realitätsausschnitt, so könne und müsse die Norm daran angepasst werden. Die Feststellung des sozialen Wandels ist der Ort, an dem Erkenntnisse der Sozialwissenschaften fruchtbar gemacht werden können. Nach dieser Feststellung müsse allerdings geprüft werden, ob die Beibehaltung der alten Auslegung tatsächlich zur Zweckverfehlung der Norm führe. Nur bejahendenfalls müsse die Vorschrift neu interpretiert werden.

Grimm verschloss sich auch den problematischen Punkten seines Vortrags nicht: zum einen dem Informationsproblem, zum anderen dem Wirklichkeitsbegriff: Die Übernahme der sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse erfordere

allseitig – auch sozialwissenschaftlich „gebildete Richter; das fachfremde Wissen könne schon wegen der fremden Sprache der Disziplin nicht ohne weiteres übernommen werden. Da es sich bei jeder wissenschaftlichen Theorie um eine Abbildung der Realität handelt „ein Konstrukt, das notwendig nicht deckungsgleich mit der Wirklichkeit sein kann „entstehe eine weitere Spannungslage, die vom Rechtsanwender zu berücksichtigen sei. Grimm legte Wert auf die Feststellung, die Übernahme der Sozialwissenschaften ins Recht sei weit weniger bedrohlich als eine auf sich selbst beschränkte Rechtswissenschaft.

In Anlehnung an Peter Häberle, Emeritus der Bayreuther Fakultät, hob er hervor, dass die Rechtsanwendung ein offener Prozess mit vielen Teilnehmern sei, der sich also auch Erkenntnissen der Sozialwissenschaften nicht verschließen dürfe. Im Anschluss an den Vortrag stellte sich Prof. Grimm einer regen Diskussion, an der sich auch viele Studierende beteiligten.

Das IFF findet das nächste Mal am 24.06.04 in Erlangen statt mit einem Vortrag des Präsidenten des österreichischen Verwaltungsgerichtshofs Prof. Dr. Clemens Jabloner (Wien) zum Thema „Das Recht und seine Wissenschaft“ (Sitzungszimmer der Juristischen Fakultät - Raum JDC 0.283, 18 c.t.).

Die Bayreuther Sitzungen, die im Raum S. 40 des RW-Gebäudes, 18 c.t. stattfinden, werden am 01.07.04 mit einem Vortrag vom Prof. Dr. Karl-Heinz Ladeur (Hamburg) zum Thema „Kritik der Abwägungslehre in der Grundrechtstheorie“ fortgesetzt; am 14.07.04 stellt sich Prof. Dr. Mathias Reimann (Ann Arbor/Michigan) die Frage „Können amerikanische Juristen durch intradisziplinären Pluralismus besser mit der globalisierten Welt umgehen?“. Alle Interessierten werden ganz herzlich zu Vortrag und Diskussion eingeladen.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

Exkursion des Lehrstuhls VWL IV zur Europäischen Wettbewerbs- und Sozialpolitik

Viele Politikprozesse sind heute ohne den Einfluß der europäischen Ebene nicht mehr denkbar. Das gilt in besonderem Maße für die Wettbewerbs- und Sozialpolitik.

Um diese Zusammenhänge für die Studierenden

transparent zu machen und ihnen die Gelegenheit zu geben, daraus erwachsende Problemkreise mit Praktikern vor Ort zu diskutieren, hat der Lehrstuhl VWL IV unter Leitung von Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Oberender eine dreitägige Exkursion zu diesem Themenkreis veranstaltet.

Zusammen mit Prof. Oberender und seinen Mitarbeitern, Dipl.-Gesundheitsökonomin Julia Fleckenstein und Dipl.-Volkswirt Jochen Fleischmann nahmen 40 Studierende an dieser Exkursion teil. Zwei Seminare hatten die Exkursion thematisch vorbereitet. Gesundheitspolitisch relevante Stationen der Exkursion waren die Hauptverwaltung der Gmünder Ersatzkasse (GEK) in Schwäbisch Gmünd, die Deutschlandzentrale des Pharmakonzerns Pfizer (Karlsruhe) sowie die Europavertretung der Deutschen Sozialversicherungen in Brüssel.

Im Rahmen der Gespräche wurden zahlreiche Probleme der aktuellen Regulierungssituation im Gesundheitswesen herausgearbeitet. Dr. Stefan Dudev und Rainer Willaredt von der GEK erläuterten insbesondere ihre Sicht aktueller Reformbestrebungen im Gesundheitswesen. Walter Köbele, Geschäftsführer von Pfizer Deutschland, setzte sich kritisch mit neueren Eingriffen in die Pharmamärkte auseinander. Dr. Franz Terwey, Geschäftsführer der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung, ging auf die Methode der „offenen Koordinierung“ der europäischen Sozialversicherungssysteme ein. Es wurde deutlich, daß diese Methode eigentlich eine versteckte Harmonisierung ist. Einen Eindruck davon, wie man theoretische Erkenntnisse in die Praxis umsetzen kann, lieferte Dr. Stephan Ruckdäschel, Bayreuther VWL-Absolvent und nun bei Pfizer für die Gesundheitspolitik zuständig. Noch stärker als die Sozialpolitik wird die Wettbewerbspolitik von der europäischen Ebene dominiert. Die europäische Wettbewerbspolitik wird maßgeblich von der Generaldirektion Wettbewerb innerhalb der Europäischen Kommission bestimmt. Dr. Andreas Strohm, Mitarbeiter dieser Generaldirektion, zeigte den Studierenden auf, aufgrund welcher Überlegungen diese Behörde derzeit die praktische Wettbewerbspolitik gestaltet. In starkem Maße kommen dabei industrieökonomische Ansätze zum Tragen, was in der Diskussion kritisch hinterfragt wurde.

Die nationale Perspektive der Wettbewerbspolitik beleuchteten Dr. Horst Greiffenberg,

Generalsekretär der Monopolkommission, und Dr. Antje Bärenß, Mitarbeiterin im Bundeskartellamt in Bonn. Beide erläuterten die Arbeitsweise ihrer Organisationen und zeigten die Wechselwirkung zwischen europäischer und nationaler Wettbewerbspolitik auf. Auch die Sicht der „Betroffenen“ interessierte die Exkursionsgruppe. Wie Unternehmen mit Wettbewerbspolitik und Regulierung umgehen wurde den Studierenden bei einem Besuch der Zentrale der Deutschen Post in Bonn verdeutlicht. Andreas Kirschall und Peter Schröder, Mitarbeiter im Regulierungsmanagement der Deutschen Post, erläuterten anhand von Beispielfällen, welche Auswirkungen Wettbewerbspolitik auf unternehmerisches Handeln hat.

Neben den beiden Schwerpunktthemen Wettbewerbspolitik und Gesundheitspolitik waren Informationen über den weiteren Rahmen der Europapolitik Gegenstand der Exkursion. So standen noch Gespräche mit Dr. Werner Mussler, Brüssel-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Ministerialrat Heinz Koller, in der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel für Wirtschaftsfragen zuständig, Stephan Huber, Mitarbeiter des oberfränkischen Europaabgeordneten Dr. Wuermeling, und Dr. Franz Cermak, Mitarbeiter in der Generaldirektion Erweiterung der EU-Kommission, auf dem Programm.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

ELSA-Bayreuth ehrt Prof. Häberle

Am 12. Juni feierte die Bayreuther Fakultätsgruppe der europäischen Jurastudentenvereinigung ELSA-Bayreuth e.V. ihr 15-jähriges Bestehen.

Seit seiner Gründung versuchte ELSA, das Zusammenwachsen Europas und den Austausch von Juristen in Europa zu fördern. Durch Vorträge zu juristischen Themen, Seminaren und Besuchen anderer europäischer Universitäten konnte ELSA das akademische Angebot an der hiesigen Fakultät ergänzen. Die gemeinnützige Aufgabe wurde stets von ideellen und materiellen Förderern unterstützt, zu ersteren gehören viele Professoren der Uni die ELSA mit Rat und Tat zur Seite stehen, wenn es z. B. gilt, so manche bürokratische Hürde zu nehmen.

Ein Freund des Vereins der ersten Stunde ist Prof.

Dr. Dr. h.c. mult. Peter Häberle. Viele Generationen von Bayreuther Studenten wurden von ihm in ELSA Vorträgen unter anderem in das juristische Studium eingeführt.

Als namhafter Fürsprecher begleitete der anerkannte Experte für europäisches Verfassungsrecht die Geschicke des Vereins seit seiner Gründung. Mitglieder seines Seminars waren es auch, die ELSA-Bayreuth gründeten, geprägt von Prof. Häberles Vision eines vereinten Europas. ELSA-Bayreuth wäre ohne ihn mit Sicherheit nicht das geworden was es nun ist, eine mitgliederstarke Studentenvereinigung, die jährlich ca. 30 Veranstaltungen organisiert und dabei stets versucht, Europa praktisch zu erleben.

So erklärte sich Prof. Häberle auch bereit, dem Jubiläum mit einen Vortrag zur Verfassungsgebung in Europa einen Höhepunkt zu geben. Nach einer Laudatio des Präsidenten, die die einzelnen Stationen der Geschichte des Vereins verbunden mit der Unterstützung des Geehrten nachzeichnete wurde dem großen Freund des Vereins die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 5/Juli 2004

VWL-Newsletter

Im Rahmen der Neuausrichtung des Studiengangs Volkswirtschaftslehre erscheint seit Mai 2004 regelmäßig ein Newsletter, der über Neuigkeiten aus Forschung und Lehre berichten soll. Ziel ist es, die Vielzahl der Aktivitäten der fünf Lehrstühle für Volkswirtschaftslehre der interessierten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Neben Informationen über Lehrveranstaltungen und Forschungsergebnisse wird der Newsletter dabei insbesondere auch über die zahlreichen Veranstaltungen berichten. Dazu gehören neben Seminarexkursionen auch Workshops, Vortragsreihen und Forschungsreisen. Die redaktionelle Leitung liegt beim Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre IV (Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Oberender). Interessenten können sich an Dipl.-Volkswirt Thomas Rudolf wenden thomas.rudolf@uni-bayreuth.de Tel.: 0921/55-2835).

Sie finden die aktuelle Ausgabe der „VWL-News“ im Anhang dieses Newsletters.

Uni Bayreuth aktuell - Nr. 6/August 2004